

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>A. Spannungsfeld.....</b>	<b>2</b>
<b>I. Das Problem des Missbrauchs und des Betrugs im Umsatzsteuerrecht.....</b>	<b>2</b>
1. Begriffliche Abgrenzungsfragen.....	4
2. Zivilrechtliche Parallelbetrachtung .....	5
3. Übertragung auf die missbrauchs- und betrugsrelevanten Gutgläubenschutzfälle .....	6
<b>II. Der gute Glaube an die Unternehmereigenschaft.....</b>	<b>7</b>
<b>III. Guter Glaube bei den Exportsteuerbefreiungen .....</b>	<b>9</b>
1. Inngemeinschaftliche Lieferung.....	9
2. Ausfuhr .....	12
<b>IV. Guter Glaube beim Vorsteuerabzug.....</b>	<b>12</b>
<b>V. Lösungsmöglichkeiten und Reformüberlegungen .....</b>	<b>16</b>
<b>B. Gang der Darstellung .....</b>	<b>17</b>
<b>Teil I Das Problem des Missbrauchs in der Umsatzsteuer und die subjektive Komponente .....</b>	<b>19</b>
<b>A. Vorüberlegungen .....</b>	<b>19</b>
<b>I. Zurückbleiben des Umsatzsteueraufkommens hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>20</b>
1. Bedeutung der Einfuhrumsatzsteuer für den Missbrauch in der Umsatzsteuer.....	22
a) Entstehung der Zollschuld in Missbrauchsfällen .....	22
b) Keine Erstattung bei der Einfuhrumsatzsteuer .....	23
c) Abweichende Aufgabenstellung des Zolls bzw. gesetzgeberische Sonderstellung der Einfuhrumsatzsteuer .....	25
2. Ausfallquote und Steuerschaden .....	26

---

3. Ergebnis .....	27
<b>II. Das System der Netto-Allphasen-Umsatzsteuer .....</b>	<b>28</b>
1. Allgemeines Neutralitätsprinzip.....	30
a) Gleichartige Besteuerung gleichartiger Umsätze .....	30
b) Rechtsformneutralität .....	30
c) Beschränkung der Steuer auf die tatsächliche Gegenleistung .....	31
d) Möglichkeit der Rechnungsberichtigung.....	31
2. Neutralitätsgrundsatz beim Vorsteuerabzug.....	31
<b>III. Das System der fraktionierten Erhebung der Umsatzsteuer .....</b>	<b>32</b>
1. Geldbewegungen durch Ein- und Auszahlung.....	33
2. Risikobewertung des bestehenden Systems der fraktionierten Erhebung.....	34
<b>IV. Die Anfälligkeit des Systems der Netto-Allphasen-Umsatzsteuer für Missbrauch .....</b>	<b>35</b>
<b>V. Das steuerliche Verfahren als Massenverfahren .....</b>	<b>36</b>
<b>VI. Die Harmonisierung der Umsatzsteuer auf europäischer Ebene .....</b>	<b>37</b>
<b>VII. Die Grundfälle des Betrugs und des Missbrauchs in der Umsatzsteuer .....</b>	<b>39</b>
1. Nicht gutglaubensschutzrelevante Betrugsformen.....	40
a) Ohne-Rechnung-Geschäfte .....	40
b) Globalzession.....	41
2. Missbrauch und Betrug im Bereich der Vorsteuern .....	42
a) Gründungsbetrug .....	43
b) Schein- und Abdeckrechnungen .....	44
aa) Ausstellung der Scheinrechnung durch den Unternehmer.....	44
bb) Ausstellung der Scheinrechnung durch einen anderen Unternehmer.....	45
cc) Abdeckrechnungen.....	46
c) Verlagerungstatbestände .....	46

3. Insolvenzen .....	47
a) Abschaffung des Fiskusprivilegs aus der KO .....	48
b) Ergebnis .....	50
4. Leasing und Mietkauf.....	50
a) Leasing als Lieferung im Sinne des § 3 Abs. 1 UStG.....	50
b) Betrugsmodell beim Leasing und Mietkauf.....	53
c) Lösung über § 13d UStG.....	54
5. Kettenbetrug .....	57
6. Soll-Ist-Versteuerungs-Betrug .....	58
7. Betrugsmöglichkeiten durch den innergemeinschaftlichen Warenhandel.....	59
8. Ergebnis .....	62
<b>VIII. Die subjektive Komponente im Besteuerungsverfahren als Massenverfahren .....</b>	<b>63</b>
<b>B. Steuerhinterziehung vs. Umsatzsteuerbetrug und Vertrauensschutz vs. guter Glaube .....</b>	<b>65</b>
<b>I. Steuerhinterziehung oder Umsatzsteuerbetrug? .....</b>	<b>65</b>
<b>II. Vertrauensschutz oder Gutgläubigkeit? .....</b>	<b>69</b>
1. Verwendung der Begriffe Gutgläubigkeit und Vertrauensschutz in der Rechtsprechung.....	70
a) Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs .....	70
aa) Rechtssache Rompelman .....	70
bb) Rechtssache Genius Holding BV .....	72
cc) Rechtssache Schmeink und Cofreth AG & Co KG bzw. Manfred Strobel .....	72
dd) Rechtssachen Collée .....	73
ee) Rechtssache Netto Supermarkt .....	74
ff) Weitere Entscheidungen – Grundsatz der Rechssicherheit .....	74
gg) Zwischenergebnis .....	75
2. Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs .....	76

3.	Verwendung der Begriffe „Gutgläubigkeit“ und „Vertrauensschutz“ in der umsatzsteuerrechtlichen Literatur.....	77
4.	Ergebnis .....	78
<b>III.</b>	<b>Verfassungsrechtlicher Vertrauensschutz .....</b>	<b>78</b>
1.	Vertrauensschutz und Gesetzgebung.....	79
a)	Rückwirkung von Gesetzen.....	80
b)	Echte Rückwirkung.....	81
c)	Unechte Rückwirkung .....	83
2.	Vertrauensschutz bei Verwaltungshandeln.....	84
a)	Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten .....	84
aa)	Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts .....	84
bb)	Verwaltungsvorschriften.....	84
3.	Vertrauensschutz in die Rechtsprechung .....	85
4.	Zwischenergebnis.....	86
<b>IV.</b>	<b>Vertrauensschutz im Steuerrecht.....</b>	<b>87</b>
1.	§ 176 AO .....	87
2.	Allgemeines Vertrauensschutzprinzip .....	89
<b>C.</b>	<b>Spannungsfeld zwischen Rechtsstaatlichkeit und Vertrauensschutz.....</b>	<b>90</b>
<b>D.</b>	<b>Vertrauensschutz im Zivilrecht.....</b>	<b>91</b>
I.	<b>Entstehung eines Vertrauensschutztatbestandes .....</b>	<b>91</b>
II.	<b>Übertragung auf den umsatzsteuerlichen Vertrauensschutz .....</b>	<b>92</b>
III.	<b>Der gute Glaube im Zivilrecht.....</b>	<b>93</b>
1.	Guter Glaube bei der Eigentumsübertragung beweglicher Sachen .....	95
2.	Die Gutglaubenstatbestände der §§ 932 – 934 BGB im Einzelnen .....	95
a)	§ 932 BGB.....	96
aa)	Erwerb § 932 BGB .....	96
bb)	Einigung mit dem Nichtberechtigten über den Eigentumserwerb .....	96

cc) Gutgläubigkeit an die Geschäftsfähigkeit des Vertragspartners.....	98
dd) Besitz als Rechtsscheinträger.....	99
ee) Besitzübergabe durch Täuschung eines Dritten .....	100
b) Erwerb nach § 933 BGB.....	101
c) Erwerb nach § 934 BGB.....	102
3. Die Bedeutung des guten Glaubens für die §§ 932 bis 934.....	103
a) Grob fahrlässige Unkenntnis des Erwerbers .....	104
b) Die anzuwendenden Sorgfaltsmaßstäbe.....	105
4. Abhandenkommen im Sinne des § 935 BGB .....	106
5. Zusammenfassung .....	107
6. § 405 BGB Urkunden.....	108
<b>IV. Übertragung der zivilrechtlichen Rechtslage auf die Situation im Umsatzsteuerrecht .....</b>	<b>110</b>
<b>E. Zusammenfassung .....</b>	<b>112</b>
<b>Teil II Die missbrauchs- und betrugsrelevanten Bereiche des guten Glaubens im UStG .....</b>	<b>113</b>
<b>A. Schutz des guten Glaubens bezogen auf die Unternehmereigenschaft.....</b>	<b>113</b>
<b>I. Missbrauchsgestaltungen bei der Unternehmereigenschaft.....</b>	<b>114</b>
1. Vorsteuererschleichung als Missbrauchsmöglichkeit zu Beginn einer unternehmerischen Tätigkeit .....	115
2. Erschleichung von Vorsteuerguthaben, ohne dass tatsächlich Leistungen erbracht werden.....	115
<b>II. Die objektiven Merkmale der Unternehmereigenschaft gemäß § 2 UStG.....</b>	<b>116</b>
1. Umsatzsteuerfähigkeit .....	116
2. Gewerbliche oder berufliche Tätigkeit.....	116
3. Selbständigkeit .....	117

<b>III. Notwendigkeit des Gutgläubenschutzes bei der Unternehmereigenschaft.....</b>	<b>117</b>
<b>IV. Der Schutz des guten Glaubens an die eigene Unternehmereigenschaft.....</b>	<b>119</b>
<b>V. Schutz des guten Glaubens beim Beginn der unternehmerischen Tätigkeit.....</b>	<b>120</b>
1. Die Rechtsprechung des EuGH zum Beginn der Unternehmereigenschaft .....	121
a) Urteil vom 14.2.1985 in der Rechtssache Rompelman .....	121
b) Urteil vom 29.2.1996 in der Rechtssache INZO .....	122
c) Urteil vom 8.6.2000 in der Rechtssache Breitsohl.....	123
d) Zusammenfassung.....	125
2. Die Rechtsprechung des BFH zum Beginn der Unternehmereigenschaft .....	126
a) Urteil vom 6.5.1993 .....	126
b) Vorlagebeschluss in der Rechtssache Breitsohl .....	128
3. Auffassungen in der Literatur zum Beginn der Unternehmereigenschaft .....	129
4. Stellungnahme.....	136
a) Vorbereitungshandlungen als unternehmerische Tätigkeit im Sinne des § 2 UStG bzw. als wirtschaftliche Tätigkeit im Sinne des Art. 9 MwStSystRL .....	136
b) Steuerpflichtiger im Sinne des Art. 9 MwStSystRL.....	137
c) Unternehmereigenschaft nach § 2 UStG.....	139
d) Zeitpunkt der Einnahmeerzielung.....	140
aa) keine Einnahmeerzielung oder keine nachhaltige Einnahmeerzielung .....	143
bb) Abbruch des Gründungsvorhabens vor der werbenden Phase eines Unternehmens.....	143
(1) Nachhaltigkeit bei Liquidationsumsätzen und bei Umsätzen nach § 3 Abs. 1b und 9a UStG.....	145

(2) Zwischenergebnis.....	149
e) Die Geschäftsveräußerung im Ganzen gemäß § 1 Abs. 1a UStG .....	150
f) Die gänzlich umsatzlose gescheiterte Unternehmensgründung....	153
g) Unternehmensgründung, ohne dass nachhaltige reguläre Ausgangsumsätze getätigt werden .....	155
h) Missbrauchsmöglichkeiten aus der Rechtsprechung des EuGH...	157
i) Verfahrensrechtliche Abwicklung, insbesondere rückwirkende Beseitigung der Unternehmereigenschaft .....	158
aa) Vorbehalt der Nachprüfung § 164 AO.....	159
bb) Vorläufigkeit nach § 165 AO .....	159
cc) Änderungsvorschriften nach der AO .....	160
(1) Neue Tatasche gemäß § 173 AO.....	160
(2) Rückwirkendes Ereignis gemäß § 175 AO .....	161
j) vorläufiges Zwischenergebnis zur verfahrensrechtlichen Umsetzung der rückwirkenden Versagung der Unternehmereigenschaft.....	162
5. Zusammenfassung .....	162
<b>VI. Falsche Sachverhaltswürdigung durch die Finanzverwaltung.....</b>	<b>164</b>
1. Rechtsgrundlage des Vertrauensschutzes aufgrund falscher Sachverhaltswürdigung .....	164
2. Verstoß gegen Ermittlungspflichten .....	165
3. Die Verhaltensweisen, mit der die Finanzbehörden einen Vertrauensschutztatbestand auslösen können .....	166
a) Vorbehaltloses Erstellen eines Vorsteuerguthabens oder Zustimmung zu einem Guthaben gemäß § 168 AO .....	166
b) Erteilung einer Steuernummer und Bekanntgabe nach außen.....	168
aa) Prüfungsrecht der Finanzverwaltung vor Erteilung einer Steuernummer .....	169
(1) Die Neuaufnahmestellen in den Finanzämtern.....	170
(2) Anspruch auf Erteilung einer Steuernummer.....	171

(a) Erteilung einer Steuernummer bei natürlichen Personen - BFH Urteil vom 23.9.2009 .....	173
(b) Erteilung einer Steuernummer bei Kapitalgesellschaften – BFH Beschluss vom 26.2.2008.....	174
(c) Reaktion der Finanzverwaltung – BMF-Schreiben vom 1.7.2010 .....	174
(3) Stellungnahme.....	175
bb) Ergebnis.....	177
c) Außenprüfungsberichte .....	178
d) Unternehmerbescheinigung .....	178
4. Ergebnis .....	179
<b>VII. Zusammenfassung .....</b>	<b>179</b>
<b>B. Steuerbefreiungen für den Warenexport bei Lieferungen .....</b>	<b>180</b>
<b>I. Die innergemeinschaftliche Lieferung.....</b>	<b>182</b>
1. Einführung des Binnenmarktes zum 1.1.1993 .....	183
a) Übergangsregelung.....	184
b) Probleme des Herkunftslandprinzips.....	184
2. Missbrauchsmöglichkeiten bei der innergemeinschaftlichen Lieferung .	185
a) Verschleierung im Rahmen eines Karussellgeschäftes oder Kettenbetrugs.....	185
aa) Karussellbetrug.....	186
bb) In-Out-Buffer .....	188
cc) Kettenbetrug unter Einbeziehung eines anderen EU-Mitgliedstaates .....	189
b) Nicht versteuerte Umsätze im Inland.....	190
3. Die Voraussetzungen der innergemeinschaftlichen Lieferung im Einzelnen.....	192
a) Warenbewegung in das EU-Ausland.....	193
b) Die tauglichen Abnehmer einer innergemeinschaftlichen Lieferung .....	194



c) Erwerbsbesteuerung .....	195
d) Durchführung der Erwerbsbesteuerung als Voraussetzung für die Steuerbefreiung .....	196
aa) Teilnahme an der nicht durchgeführten Erwerbsbesteuerung .....	197
(1) Differenzbesteuerungsbetrag .....	197
(2) Andere Verschleierungsmöglichkeiten .....	198
bb) EuGH Urteil vom 7.12.2010, Rechtssache R. ....	199
cc) Rechtsprechung des BFH .....	201
dd) Stellungnahme .....	202
4. Nachweise bei der innergemeinschaftlichen Lieferung .....	204
a) Beleg- und Buchnachweis .....	205
aa) Belegnachweis nach § 17a UStDV .....	207
(1) Keine zwingende formale Vorgabe für den Belegnachweis .....	207
(2) Gelangensbestätigung .....	210
(3) Zeitliche Grenze des Belegnachweises .....	211
bb) Buchnachweis nach § 17c UStDV .....	211
(1) Umsatzsteueridentifikationsnummer .....	213
(a) EuGH Urteil vom 6.9.2012 Rechtssache Mecsek-Gabona Kft .....	215
(b) EuGH Urteil vom 27.9.2012 Rechtssache Vogtländische Straßen-, Tief- und Rohrleitungsbau GmbH Rodewisch (VSTR) .....	216
(2) Zeitliche Grenze .....	217
b) Rechtsprechung zur Nachweispflicht .....	218
aa) Nachweis als materiell-rechtliche Voraussetzung für die innergemeinschaftliche Lieferung .....	218
bb) Urteil des EuGH vom 27.9.2007 Rechtssache Albert Collée ..	219
(1) Reaktion der Finanzverwaltung .....	221

(2) Stellungnahme.....	222
cc) Die Rechtsprechung des BFH zur Nachweispflicht.....	223
(1) Nachfolgeentscheidung in der Rechtssache Collée .....	223
(2) Scheinunternehmer oder missing trader?.....	225
(3) Belegnachweis nicht ausreichend .....	225
(4) Fehlender Hinweis auf die Steuerbefreiung in der Rechnung .....	226
(5) Zeugenbeweis nicht zulässig.....	227
c) Ermittlungspflicht.....	229
aa) EuGH Urteil vom 27.9.2007, Rechtssache Twoh.....	230
bb) Verstoß gegen § 88 AO .....	230
d) Zwischenergebnis .....	232
5. Bösgläubigkeit bei der innergemeinschaftlichen Lieferung .....	232
a) EuGH Urteil vom 18.12.2014 Rechtssache Italmoda .....	233
b) Stellungnahme .....	234
6. Die Vertrauensschutzregelung des § 6a Abs. 4 UStG .....	235
a) Gemeinschaftsrechtliche Grundlage .....	236
b) EuGH Urteil vom 27.9.2007, Rechtssache Teleos .....	236
aa) Grundsatz der Rechtssicherheit.....	238
bb) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.....	238
cc) Grundsatz der steuerlichen Neutralität.....	239
dd) Behinderung des freien Warenverkehrs.....	240
ee) Ergebnis.....	240
c) Die Fälle des Schutzes des guten Glaubens nach § 6a Abs. 4 UStG .....	240
aa) Fehlende Warenbewegung .....	241
(1) Abnehmer ist bösgläubig .....	241
(2) Abnehmer ist gutgläubig .....	242

---

(3) Lieferabsicht in das übrige Gemeinschaftsgebiet ausreichend .....	243
bb) Abnehmer ist kein Unternehmer (Scheinunternehmer).....	244
cc) Tatsächlicher Abnehmer ist eine andere Person (Strohmanngeschäfte) .....	246
(1) Zurechnung der innergemeinschaftlichen Lieferung.....	246
(2) Unternehmereigenschaft des Strohmannes .....	247
dd) Leistungsbezug des Abnehmers ist nicht unternehmerisch ....	249
d) Sorgfaltspflichten eines ordentlichen Kaufmanns.....	250
aa) Der „ordentliche Kaufmann“ im Sinne des § 347 HGB.....	251
bb) Konsequenz für § 6a Abs. 4 S. 1 UStG.....	253
cc) Anwendbarkeit des § 347 HGB auf alle Lieferungen nach § 3 Abs. 1 UStG eines Unternehmers im Sinne des § 6a Abs. 4 UStG .....	255
dd) Sorgfaltsmaßstab nach § 6a Abs. 4 S. 1 UStG in der Literatur.....	256
ee) Fallgruppen.....	257
ff) Abfrage der Umsatzsteueridentifikationsnummer .....	258
gg) Kausalität zwischen Sorgfaltsverstoß und Täuschung des Abnehmers.....	258
hh) Sorgfaltsmaßstab bei § 6a Abs. 4 S. 1 UStG Recht- sprechung des EuGH.....	259
ii) Sorgfaltsmaßstab bei § 6a Abs. 4 Satz 1 UStG in der Rechtsprechung des BFH.....	262
(1) Erfüllung des Beleg- und Buchnachweises.....	262
(2) Umstände außerhalb der Beleg- und Buchangaben.....	264
(3) Barzahlung .....	266
(4) Prüfung von Unterschriften .....	267
(5) Grenze der Zumutbarkeit.....	267
e) Zwischenergebnis .....	268

7. Ausfallklausel im nach § 6a Abs. 4 S. 2 UStG .....	269
8. Ergebnis .....	271
<b>II. Ausfuhrlieferung .....</b>	<b>274</b>
1. Die Voraussetzungen der Ausfuhrlieferung nach § 6 UStG .....	274
a) Beschränkung auf ausländische Abnehmer bei § 6 Abs. 1 Nr. 2 UStG .....	275
b) Vergleichbarkeit mit § 6a UStG .....	276
aa) Beschränkung des § 6a UStG auf den gewerblichen Warenverkehr .....	276
bb) Keine Vertrauensschutzregelung im Sinne des § 6a Abs. 4 UStG .....	277
2. Die Rolle des Zolls beim Warenexport .....	277
3. Überblick über den Ablauf des Zollverfahrens bei der Ausfuhr nach Art. 161 Zollkodex .....	278
4. Das ATLAS-Ausfuhr-Verfahren .....	279
5. Ergebnis .....	280
6. Zollbelege als Nachweise .....	281
7. Zwischenergebnis .....	282
8. Spezielle Missbrauchsgestaltung im Zusammenhang mit der Ausfuhr ..	282
9. Entscheidung des EuGH vom 21.2.2008 Rechtssache Netto Supermarkt .....	283
a) Entscheidung des EuGH .....	285
b) Stellungnahme .....	285
10. Nachfolgeentscheidung des BFH zur Rechtssache Netto .....	287
11. Übertragung auf andere Fälle des § 6 UStG .....	288
<b>III. Gesamtergebnis .....</b>	<b>289</b>
<b>C. Gutgläubigkeit und Vorsteuerabzug .....</b>	<b>290</b>
<b>I. Bedeutung des Vorsteuerabzugs im System der Umsatzsteuer .....</b>	<b>291</b>
<b>II. Der Vorsteuerabzug nach § 15 Abs. 1 UStG .....</b>	<b>292</b>
1. Vorsteuerabzug nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UStG .....	292

a) Ordnungsgemäße Rechnung .....	293
aa) Funktion der Rechnung.....	293
bb) Regelung in Art. 178 Buchst. a MwStSystRL .....	294
cc) Die Pflichtangaben im Sinne des § 14 Abs. 4 UStG .....	295
dd) Weitere Pflichtangaben nach §14a UStG .....	296
b) Rechnung als materielle Voraussetzung für den Vorsteuer- abzug .....	297
c) Konsequenz einer nicht ordnungsgemäßen Rechnung.....	298
aa) Rechtssache Petroma Transports.....	298
bb) Rechtssache Boguslaw Juliusz Dankowski .....	298
cc) Ergebnis.....	299
d) Art. 226 MwStSystRL als abschließende Regelung .....	300
2. Ergebnis .....	300
<b>III. Die Ausschlusstatbestände nach § 15 Abs. 1a bis 3 UStG .....</b>	<b>301</b>
1. § 15 Abs. 1a UStG.....	301
2. § 15 Abs. 2 und 3 UStG .....	302
3. § 15 Abs. 1b UStG.....	302
<b>IV. Missbrauchsmöglichkeiten beim Vorsteuerabzug .....</b>	<b>303</b>
1. Verlagerung aus dem unternehmerischen in den nicht unternehmer- ischen Bereich, Verlagerung privater Kosten.....	303
2. Gemischt genutzte Verwendung.....	304
3. Unternehmereigenschaft .....	307
4. Karussellbetrug.....	307
a) Gutgläubiger Buffer .....	308
aa) Tatsächliche Warenlieferung .....	308
bb) Fingierte Warenlieferung.....	310
b) bösgläubiger Buffer .....	311
c) Zwischenergebnis .....	312
5. Verwendungsabsicht im Zeitpunkt des Leistungsbezugs .....	313

a) Tatsächliche Verwendung oder beabsichtigte Verwendung? .....	314
aa) § 15a .....	315
bb) Berichtigung innerhalb des Berichtigungszeitraums .....	316
cc) Missbrauchsmöglichkeit bei § 15a UStG .....	317
dd) Zwischenergebnis .....	319
ee) Erstmalige Verwendung entscheidend .....	320
ff) Mehrwertsteuersystemrichtlinie .....	320
gg) Systematik .....	321
hh) Belastung des Leistungsempfängers mit der Vorsteuer .....	322
b) Ergebnis .....	326
<b>V. Anknüpfungspunkte des guten Glaubens beim Vorsteuerabzug</b>	
<b>nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UStG .....</b>	<b>326</b>
1. Die Rechtsprechung des EuGH zum Schutz des guten Glaubens	
beim Vorsteuerabzug .....	327
a) Rechtssache Optigen .....	327
b) Rechtssache Kittel/Recolta .....	329
c) Zwischenergebnis .....	331
d) EuGH Urteil vom 21.6.2012 .....	332
e) Rechtssache Mahagében Kft. ....	332
f) Rechtssache Péter Dávid .....	333
aa) Entscheidung des EuGH .....	335
bb) Zwischenergebnis .....	337
cc) Stellungnahme .....	338
dd) Beweislastverteilung .....	339
g) Rechtssache Gábor Tóth .....	339
aa) Entscheidung des EuGH .....	340
bb) Stellungnahme .....	342
h) EuGH Urteil vom 6.12.2012 in der Rechtssache Bonik .....	342
i) Rechtssachen Stroy trans EOOD .....	344

j) Rechtssache „Evita-K“ EOOD .....	345
k) Rechtssache FIRIN OOD .....	347
l) Ergebnis EuGH Rechtsprechung .....	348
2. Rechtsprechung des BFH zum guten Glauben beim Vorsteuerabzug .....	350
a) Bösgläubigkeit bei Vorliegen der objektiven Voraussetzungen .....	351
b) Vertrauensschutzrechtsprechung des BFH im Billigkeitsverfahren .....	351
c) Ergebnis .....	354
3. Beschluss des FG Münster vom 12.12.2013 .....	355
4. Ansichten in der Literatur .....	355
a) Vorsteuerabzug auch bei unrichtigen Angaben .....	356
b) Kritische Würdigung .....	357
<b>VI. Ergebnisse .....</b>	<b>357</b>
1. Leistungsbezug für das Unternehmen .....	357
2. Der Schutz des guten Glaubens an die Unternehmereigenschaft des Vertragspartners .....	358
3. Karussellgeschäfte .....	359
4. Vorsteuerabzug auch für nicht aufgrund einer Leistung gesetzlich geschuldete Steuer .....	359
5. Vorsteuerabzug setzt tatsächlich eine Lieferung oder sonstige Leistung voraus .....	360
6. Beweislastverteilung .....	361
<b>VII. Die weiteren Tatbestände des Vorsteuerabzugs .....</b>	<b>361</b>
<b>VIII. Verhältnis der Versagung des Vorsteuerabzugs zu § 25d UStG .....</b>	<b>362</b>
1. Die Haftungsvoraussetzungen nach § 25d .....	362
a) Rechnung im Sinne des § 14 Abs. 4 UStG .....	363
b) Vorsätzliche Nichtentrichtung durch den Rechnungsaussteller .....	363
c) Das subjektive Element beim Haftenden, Kennen oder Kennenmüssen .....	364

d) Beweislastumkehr bei § 25d UStG.....	365
e) Vereinbarkeit mit dem EU-Recht.....	365
f) Ausweitung des Anwendungsbereichs des § 25d UStG .....	367
2. Ergebnis .....	367
<b>D. Gesamtergebnis Teil II .....</b>	<b>368</b>

### **Teil III Lösungsmöglichkeiten und Reformüberlegungen.....369**

<b>A. Änderung des bestehenden Systems und Reformüberlegungen (Systemische Überlegungen) .....</b>	<b>369</b>
<b>I. Abschaffung des Vorsteuerabzugs.....</b>	<b>370</b>
1. (Wieder-) Einführung der Brutto-Umsatzsteuer.....	370
2. Steuerfreiheit der Umsätze zwischen Unternehmern.....	371
3. Mittler-Modell .....	371
a) Stellungnahme .....	372
b) Missbrauchsmöglichkeiten im Mittler-Modell.....	374
<b>II. Die Modelle mit Vorsteuerabzug .....</b>	<b>374</b>
1. Reverse-Charge-Verfahren .....	374
2. Das Vorsteuerverrechnungs-Modell .....	374
3. Das Überrechnungssystem .....	375
a) Bargeschäfte .....	376
b) Kritik .....	377
4. Allgemeine Ist-Versteuerung .....	378
a) Vorteile .....	379
b) Kritik .....	379
5. Ist-Versteuerung mit Cross-Check Verfahren .....	381
a) Cross-Check als Kontrollverfahren.....	382
b) Zentrale Finanzbehörde .....	382
c) Identifikationsmerkmal.....	383



d) Haftung des Leistungsempfängers.....	383
e) Kritik .....	384
f) Kritik in der Literatur .....	385
g) Zivilrechtliche Probleme .....	385
6. Ist-Versteuerung mit Quellensteuererhebung .....	386
7. Abschaffung der Steuerfreiheit für innergemeinschaftliche Lieferungen.....	387
<b>B. Zulässigkeit einer allgemeinen Systemänderung .....</b>	<b>387</b>
<b>C. Verwaltungsseitige Lösungsansätze .....</b>	<b>389</b>
I. <b>Verbesserte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten .....</b>	<b>389</b>
II. <b>Beiträge der Landesfinanzverwaltung Nordrhein-Westfalen zur Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung .....</b>	<b>390</b>
1. Die Zentrale Ermittlungsstelle gegen den Umsatzsteuerbetrug (ZEUS) in NRW .....	390
2. Spezial-Ermittlungsteams gegen Umsatzsteuerbetrug .....	391
3. Einführung der Neuaufnahmestellen in NRW .....	391
III. <b>Die Bundesweite Datenbank (Zauber).....</b>	<b>392</b>
<b>D. Fazit .....</b>	<b>394</b>
<b>E. Gesetzgeberische Maßnahmen .....</b>	<b>395</b>
I. <b>Einführung einer Umsatzsteuer-Nachschaу nach § 27b UStG .....</b>	<b>395</b>
1. Verfassungsmäßigkeit des § 27b UStG.....	396
2. Bewertung der Umsatzsteuernachschaу .....	397
a) Die redlichen Unternehmen.....	398
b) Missbräuchliche Anwendung der Umsatzsteuernachschaу durch die Finanzverwaltung? .....	398
3. Ergebnis .....	399
II. <b>Einführung des § 13b .....</b>	<b>399</b>
1. Entwicklung des § 13b UStG .....	400
2. Bewertung des § 13b UStG .....	400

---

III. Straf- und Ordnungswidrigkeitenvorschriften .....	401
<b>Teil IV Resümee .....</b>	<b>403</b>
<b>A. Abschaffung des Vorsteuerabzugs .....</b>	<b>404</b>
<b>B. Besteuerung nach Vorstellungskraft und Gutgläubens- schutz .....</b>	<b>404</b>
<b>C. Bösgläubigkeit .....</b>	<b>405</b>
<b>D. Guter Glaube wirkt in zwei Richtungen .....</b>	<b>405</b>
I. Vorsteuerabzug .....	406
II. Steuerfreiheit für Exportlieferungen .....	406
III. Guter Glaube an die Unternehmereigenschaft .....	406
<b>E. Systemwechsel .....</b>	<b>407</b>
<b>Thesen .....</b>	<b>409</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>413</b>